

Statistiken lösen nicht die Misstände in unserer Gesellschaft

Polizeiliche Kriminalstatistik weist erneut Zunahme der Angriffe auf Polizeibeschäftigte aus

Pressefrei: 09.02.2022 – 10:00 Uhr

„Neben der besten Aufklärungsquote, die hessische Polizeibeschäftigte im Zeitraum der Erfassung jemals erreicht haben, bleibt die Betroffenheit in den eigenen Reihen Tagesthema! Keine Frage: trotz bestehender Pandemie, der damit einhergehenden Personalknappheit und der Zunahme von Sonderaufgaben haben meine Kolleg*innen wieder einmal ihr Bestes gegeben, sagte der GdP Chef Mohrherr heute Morgen bei der Vorstellung der PKS in Wiesbaden.“

Besorgniserregend stimmt uns aber die Feststellung, dass Wut und Hass auf den Staat hemmungslos im Netz ausgelebt und dabei gegen Recht und Gesetz verstoßen wird! Einige Social-Media-Plattformen sind Nährboden für viele Staatsfeinde. In Deutschland arbeitet eine Bürgerpolizei. Eine Polizei, die Teil der Gesellschaft ist, und es auch sein will“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am gestrigen Dienstag in Berlin. Als Bürgerpolizei schützten die Kolleginnen und Kollegen den Rechtsstaat jeden Tag mit ihrem Leben. Dafür benötigten sie mehr Wertschätzung sowie eine breitere Anerkennung und Respekt, betonte Malchow.

Im Lichte unserer ermordeten Kollegin Yasmin und unserem Kollegen Alexander ist derzeit nicht die Zeit, um politische Forderungen öffentlich aggressiv zu artikulieren.

Seit etwa zwei Jahrzehnten weist die GdP auf die drastische Zunahme von Respektlosigkeiten und Gewaltattacken gegen die Polizei hin. Diese Entwicklung als „polizeiliches Berufsrisiko“ abzutun, sei ein Unding und dürfe nicht länger kleingeredet werden, sagte dazu Jens Mohrherr heute in Wiesbaden. Politische Entscheider müssten polizeiliche Erkenntnisse und Wahrnehmungen ernsthaft berücksichtigen. Nur so könne ein realistisches Lagebild gezeichnet werden.

Mohrherr weiter: „Solange Hasskommentare nach den Morden gegen unsere Kolleg*innen in einer nie gekannten Form dafür sorgen, dass Sonderkommissionen dazu eigens eingerichtet werden müssen wie in Rheinland – Pfalz, können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“

Es darf nicht länger sein, dass eine Unkultur des ständigen Hinterfragens staatlichen und polizeilichen Tuns Fahrt aufnimmt und von der Gesellschaft mehrheitlich akzeptiert wird!

Es geht um das Ignorieren der Kompetenzen staatlicher Institutionen bis hin zu einer erklärten Feindschaft gegenüber der Demokratie und gegenüber denen, die sie bewahren. Der feige Mord an unseren Kollegen ist Beleg dafür!

Die GdP fordert einen starken und selbstbewussten Staat, der diese Probleme offen benennt, transparent debattiert und zielgerichtete Lösungen auf den Weg bringt.



**Gewerkschaft
der Polizei**